Einzelpreis 30 Pfg. • 4. Jahrgang

Die „Freiheit" erscheint täglich morgens und nachmittags, Sonntags und Montags nur einmal. Der Bezugspreis beträgt bei freier Zustellung ins Haus und durch die Post bezogen M. 12.—, im voraus zahlbar. Für Postbezug nehmen sämtliche Postanstalten Bestellungen entgegen. Unser Streifband bezogen für Deutschland, Danzig, das Saar- und Memelgebiet sowie die früheren deutschen Gebiete Polens und Luxemburg M. 23.—, für das übrige Ausland M. 30.—.

Redaktion, Expedition und Verlag: Berlin C 2, Breite Straße 8-9

Freitag, 7. Oktober 1921

Nummer 470 • Abend-Ausgabe

Die neungespaltene Nonpareillezeile oder deren Raum kostet 6.— M. einschließlich Inseratensteuer. Kleine Anzeigen: Das fettgedruckte Wort 2.— M., jedes weitere Wort 1,50 M. einschließlich Inseratensteuer. Laufende Anzeigen laut Tarif. Familien-Anzeigen und Stellen-Gesuche 3,75 M. netto pro Zeile. Stellen-Gesuche in Worte-Anzeigen: das fettgedruckte Wort 1,50 M., jedes weitere Wort 1.— M.

Fernsprecher: Zentrum 152 30—152 30

Freiheit

Berliner Organ der Unabhängigen Sozialdemokratie Deutschlands

Der Weg der Verelendung

Zwanzigfache Preissteigerung

Mit zäher Hartnäckigkeit klettern die Preise aller Warengattungen in die Höhe. Seit Juni dieses Jahres ist eine geradezu sprunghafte Aufwärtsbewegung der Preise zu verzeichnen. Das gilt ganz besonders für Lebens- und Genußmittel aller Art, wie Schmalz, Butter, Fleisch, zu denen jetzt auch noch die Kartoffeln und die Milch getreten sind. Die augenfälligste Ursache dieser neuen Preissteigerung ist der rapide Fall der Mark, der den Einkauf im Ausland naturgemäß stark verteuert. Erhöhte Preise in einzelnen unentbehrlichen Artikeln haben aber die Tendenz, die Preisgestaltung der anderen Waren ebenfalls verteuernd zu beeinflussen. So erstreckt sich die Teuerung bald allgemein auf alle wichtigen Ernährungs- und Bedarfsartikel.

In welcher Weise und in welcher Stärke diese Aufwärtsbewegung der Preise vor sich gegangen ist, wird deutlich durch die Indexzahlen der „Frankfurter Zeitung". Danach ergibt sich, wenn man für den 1. Januar 1920 den Index gleich 100 setzt, für den 4. Juni 1921 ein Index von 128, für den 2. Juli ein solcher von 135,4, für den 6. August 159, für den 2. September von 166 und für den 1. Oktober ein Index von 184. Das bedeutet also eine **Steigerung von mehr als 42 Prozent innerhalb von vier Monaten.** Noch krasser zeigt sich die wahnsinnige Aufwärtsentwicklung der Preise, wenn wir sie dem Friedensstand gegenüber betrachten. Setzen wir den Index für den Friedenspreis gleich 100, so steigerten sich die Preise bis Anfang 1920 auf 1083, um bis zum 1. Oktober **die bis jetzt unerreichte Höhe von 1892 zu erreichen.** Die Preise für die Bedürfnisse des täglichen Lebens haben also gegenüber den Friedenspreisen **die zwanzigfache Höhe erreicht.**

Diese Zahlen sprechen eine erschütternde Sprache. Sie bezeichnen nackt und klar den Weg, den die Arbeiter und Angestellten, der kleine Mittelstand und die Rentenempfänger, kurz alle Festbesoldeten all die Jahre gegangen sind. Es ist der Weg der Verelendung, der wirtschaftlichen Unsicherheit, des täglichen Kampfes um die Angleichung des Verdienstes an die immerwährend steigenden Preise. Ein Weg, der sich jetzt wieder in uferloser Ausdehnung öffnet und alle Hoffnungen auf einen gesünderen und stetigeren Lebensstandard zunichte macht.

Unnötig zu sagen, daß die allgemeine Preissteigerung **allen offenen und verkappten Wucherern und Ausbeutern die bequeme Möglichkeit gibt, die allgemeine Notlage zugunsten ihres Gewinnes noch um ein beträchtliches zu vermehren.**

Was ist zu tun, um diese reißende Teuerungsflut einzudämmen. Oder doch wenigstens ihre Wirkung für die Lohn- und Gehaltsempfänger zu mildern? Die Hauptsache bleibt natürlich die Besserung des Markkurses. Das unaufhörliche Sinken der Mark ist ja nicht nur die Folge der wüsten Spekulation an den Börsen und der Reparationsverpflichtung an das Ausland, sondern in erster Linie **die Folge unseres furchtbaren Finanzelends.** Seitdem während des Krieges unter Helfferichs Führung Milliardenausgaben ohne Deckung vorgenommen wurden, die Schulden des Reiches ins Unermeßliche wuchsen, die Notenausgabe sich beständig vermehrt, ist das Zutrauen zu der Finanzkraft Deutschlands immer geringer geworden. Jetzt wird es noch geringer, weil der **Widerstand der Besitzenden gegen hohe Besitzsteuern,** die einzige Möglichkeit zur Gesundung unserer Finanzen, gar keinen Ausweg erkennen läßt, wie es denn zur Herstellung des Gleichgewichts im Staatshaushalt kommen soll.

Daher ist nach wie vor der Hauptschutz für die Lohn- und Gehaltsempfänger, die einzige Möglichkeit, das Fortschreiten der Teuerung zu verhindern, **das Brechen des Widerstandes der bürgerlichen Parteien gegen die ausgiebige Heranziehung der Besitzenden zur Steuerleistung.** Gerade in Zeiten der Geldentwertung aber kann das nur geschehen auf dem Wege, der die Steuerhinterziehung ausschließt, der den schwierigen Kontrollapparat überflüssig macht, nämlich auf dem Wege der Besteuerung des Besitzes an der Quelle durch die Erfassung der Goldwerte.

Bis das erreicht ist, aber müssen die Leidtragenden dieser unausgesetzten Teuerung vom Reich geschützt werden. **Die sofortige Hilfe** für die Rentenempfänger muß einsetzen, ebenso muß, **entsprechend dem bereits vor Monaten gestellten Antrage der U. S. P. D., ein gerechtlicher Schutz von Lohn- und Gehaltsempfänger aller Art vor den Folgen der Geldentwertung und Teuerung beschlossen werden.**

*

Selbst nach den unzulänglichen Berechnungen des Statistischen Reichsamtes ist die Reichsindexziffer der Lebenshaltungskosten, der die Ausgaben für Ernährung, Heizung, Beleuchtung und Wohnungsmiete zugrunde liegen, im September gegenüber dem Vormonat um 17 Punkte oder 1,6 v. H. auf 1062 gestiegen. Gegenüber dem Stande im Januar d. Js. (944) beträgt die Steigerung 12,5 v. H., gegenüber September 1920 36,3 v. H. Die Erhöhung der Lebenshaltungskosten ist in der Hauptsache auf Preissteigerungen für Lebensmittel zurückzuführen. **Die Indexziffer für die Ernährungskosten allein ist von 1399 im August um 1,4 v. H. auf 1418 gestiegen.** Gegenüber Januar d. Js. beträgt die Steigerung der Ernährungsausgaben 12,1 v. H.

Die Durchführung des Wiesbadener Abkommens

EE. Paris, 7. Oktober.

Dem „Petit Journal" zufolge wird der französische Organismus, der die Aufträge der französischen Geschädigten zu vergeben hat, in aller Eile errichtet werden, damit er am 1. Dezember in Wirksamkeit treten kann. Von diesem Augenblick an werden sich die Geschädigten an das französische Einkaufsbureau wenden können, welches bereits im zerstörten Gebiet besteht, oder an die einzelnen Bureaus, die in den verschiedenen Departements und den wichtigsten Städten eröffnet werden sollen. Die Verwaltungsräte dieser Bureaus werden ausschließlich Geschädigte sein. **Irgendwelche Gewinne dürfen von diesen Bureaus nicht erzielt werden.** Wenn in einem Departement ein solches Bureau nicht genügt, werden in jeder Unterpräfektur Filialen errichtet werden. Jedem dieser Bureaus wird in der gleichen Stadt ein deutsches Wiederaufbaubureau zur Seite stehen. Wenn also ein Industrieller eine bestimmte Menge von Material braucht, richtet er seinen Auftrag an das Bureau in Lille, das ihn dem deutschen Bureau übermittelt. Das deutsche Bureau übermittelt diesen Auftrag dem deutschen Zentralbureau in Berlin, **das die Lieferung, den Einkauf und den Transport übernimmt und dem französischen Bureau eine Note sendet, in der die Preise der gelieferten Waren verzeichnet sind.** Das französische Bureau stellt nun fest, ob die dem Geschädigten zuerkannten Entschädigungssummen zur Deckung des Preises für die deutschen Lieferungen ausreichen und ob er infolgedessen nichts mehr in bar zu zahlen hat. **Was Deutschland tatsächlich den einzelnen Geschädigten geliefert hat, wird auf sein Kreditkonto gebucht.**

Die Aufnahme in Paris

Paris, 7. Oktober.

Philippe Millet schreibt im „Petit Parisien" zur Unterzeichnung des Wiesbadener Abkommens, daß er seit der Brüsseler Konferenz im Dezember vorigen Jahres nicht aufgehört habe, für die Lösung des Reparationsproblems die Methode der Zusammenarbeit zu empfehlen. Die Reparation in natura sei kein Allheilmittel. Wenn man sie weitertreibe, könnte sie vielleicht der französischen Industrie Nachteile bringen, aber was man mit Beharrlichkeit betreiben müsse, **sei die Methode direkter Verhandlungen zwischen den Gegnern von gestern. Es sei vielleicht die einzige Methode, die Kriege in Zukunft unmöglich machen könne.**

„Oeuvre" sagt, man könne die Hoffnung hegen, daß durch die Beschlüsse des Abkommens der Friedensvertrag von Versailles bezüglich der Reparationsfrage in gebührender Weise ausgelegt werde. Der partielle Ersatz der Schäden durch Lieferungen in natura ermögliche allein die Einziehung der Forderungen. Nicht nur Keynes habe das bewiesen. **Durch die Sachlieferungen könne Frankreich befriedigt werden.** Das Blatt nennt das Abkommen wohltuend, weil es zwischen den beiden ehemals feindlichen Ländern das freie Spiel der wirtschaftlichen Kräfte wiederherstelle und vielleicht dadurch nach und nach das große Mißtrauen beseitige, welches das Haupthindernis für die Wiederherstellung des politischen Gleichgewichts und der wirtschaftlichen Gesundheit Europas bilde.

Neue Maßnahmen in Oberschlesien

Zur Bekanntgabe der Entscheidung

London, 6. Oktober.

Das Reutersche Bureau erfährt aus wohlunterrichteter französischer Quelle, daß Vertreter der britischen, der italienischen und der französischen Regierung am Sonnabend in Paris zusammentreffen werden, um Vorbereitungen für die Maßnahmen zu treffen, die von den Truppen der drei Mächte in Oberschlesien ergriffen werden sollen, wenn die Entscheidung des Völkerbundes über die oberschlesische Frage bekanntgegeben ist. Verhandlungen hierüber sind zwischen London, Rom und Paris die letzten Wochen hindurch geführt worden, und die Zusammenkunft in Paris am Sonnabend hat den Zweck, an die zwischen den drei Regierungen getroffenen Abmachungen die letzte Hand zu legen und gleichlautende Instruktionen für die britischen, italienischen und französischen Truppen auszuarbeiten.

Polnische Irreführungen

Aus Genf wird gemeldet:

Der bereits in der vorigen Woche in Genf vernommene Gewerkschaftssekretär Karger ist wieder in Genf eingetroffen, um dem Völkerbundsrat über den wahren Tatbestand bei den Betriebsratswahlen in Oberschlesien Mitteilung zu machen. Er hat heute den Sachverständigen des Völkerbundes an Hand genauen Zahlenmaterials dargelegt, daß die polnischen Zahlenangaben irreführend und zum Teil geradezu gefälscht sind. **Nach den Darlegungen des Herrn Karger sind die letzten Ergebnisse der übrigens noch nicht abgeschlossenen Betriebsratswahlen 2262 deutsche und 1100 polnische Mandate, also genau das Gegenteil eines polnischen Sieges.**

Sozialistische Politik in Sachsen

Aus Dresden wird uns geschrieben:

Naive Gemüter glauben, wenn die Arbeiter das allgemeine Wahlrecht haben, dann hätten sie schon die politische Macht. Die Praxis lehrt, daß das Wahlrecht im Staat und in der Gemeinde, auch wenn es noch so ausgedehnt ist, nur ein Mittel sein kann, um die politische Macht der Arbeiterklasse zu erlangen. Zwar ist der autokratische Staat abgelöst, aber nur seine Spitze wird in Sachsen von Sozialisten beherrscht. Die Macht des autokratischen Staates wurzelt im Verwaltungsapparat im Staat und in der Gemeinde, in der Bureaukratie und in der Polizei. Macht besitzen heißt aber den Staat in all seinen Zweigen durch die Arbeiter zu beherrschen. Diesen Zustand als nächste Etappe zu erkämpfen, das wird in Sachsen versucht. Die Bourgeoisie weiß genau, daß die sozialistische Regierung ihr nicht viel schadet, wenn es ihr nur gelingt, den Beamtenapparat, die Polizei, die Verwaltung weiter zu beeinflussen und zu beherrschen. Um diesen Einfluß ringt sie mit allen Mitteln der Verleumdung und der Verhetzung der Beamten, der Polizei, Schmähung der einzelnen Minister, und sie hat eine feile, ihr stets hilfsbereite Presse.

Eine solche Kraftprobe versuchten die bürgerlichen Parteien bei der Grund- und Gewerbesteuer. Hier galt es, der sozialistischen Regierung die Mittel streitig zu machen, die Regierung zu sprengen und den Boden für eine bürgerliche Koalitionsregierung zu ebnen. Es mißlang. Die kommunistischen Regisseure prallten vor der Verantwortung, die sozialistische Regierung zu stürzen, zurück, die Gesetze wurden am 27. September in besserer Form vom Landtag verabschiedet, und damit war der Ansturm der bürgerlichen Parteien abgeschlagen.

Die zweite Kraftprobe versuchten die bürgerlichen Parteien am 4. Oktober im Landtage. Der Minister des Innern versucht, den Staatsapparat neuzeitig einzustellen, er wagte es, auch Sozialisten in entscheidende Staatsämter einzusetzen. Das Beamtenrecht sei in Gefahr, damit sei der Bestand des Staates gefährdet, so hallte es in Versammlungen und in der Presse wider, und im Landtag häuften sich die Interpellationen und Anträge gegen die Regierung. Sie blieb kühl; sie erklärte, daß sie den Beamten gebe, was den Beamten gebühre, daß sie ihm seine Existenz gewährleiste, ebenso seinen Aufstieg, daß aber die Beamtenorganisationen kein Mitbestimmungsrecht bei Besetzung von Aemtern haben, sondern, daß dies ein politisches Recht der Regierung sei, das auch sie nur allein ausüben könne und vor dem Landtage zu vertreten habe. Beamtengewerkschaft und Regierung könnten nebeneinander nicht gleiche Rechte ausüben. Der Landtag kam zu keiner Entscheidung. Aber in diesem Kampfe zeigte es sich deutlich, wie die alten Beamten selbst mit den schäbigsten Mitteln des Verrats von Dienstgeheimnissen im Verein mit den bürgerlichen Parteien arbeiteten. Eine anonyme Broschüre ist geradezu ein Sammelbecken von vertraulichen Aktenauszügen, Verleumdungen und Verdrehungen. Der Kampf geht weiter und wird zeigen, daß sich die neue Idee durchsetzt.

Die zweite Gruppe der bürgerlichen Angriffe richtete sich gegen den Minister des Innern, Genossen Lipinski, als Polizeiminister. Er bemüht sich, die Landespolizei ihres militärischen Charakters zu entkleiden, er hat dem General der Polizei, Reichardt, den Abschied bewilligt, er hat einen Polizeifachmann an eine entscheidende Stelle gestellt, einige herausgedrängte demokratische Offiziere im Dienst behalten. Das war zuviel für die bürgerlichen Parteien, sie wollten die Polizei als militärisches Instrument erhalten. Aber der Ansturm kam nicht zur Entwicklung. Die Offiziere sagten die beabsichtigte Massenkündigung ab und blieben im Amte. Konterrevolutionäre Kreise sind aber auch hier noch am Werke. Das war den Demokraten selbst zuviel, deshalb machten sie diesen Protestrummel nicht unbesehen mit. Aber ein Untersuchungsausschuß soll helfen.

In der kurzen Zeit bis zur Nationalwahl besaßen die Sozialisten die Macht; sie reichte nur hin, um durch einige eilige Verordnungen die reaktionären Wahlrechte zu beseitigen, in einzelnen Ländern sogar gewisse Einzelschäden der Gemeindeverwaltung zu beseitigen. In keinem Lande Deutschlands ist es bisher zu einer Gemeindereform gekommen. Ueberall, wie auch in Preußen, ist man im Versuch stecken geblieben. Sachsen macht nun, unter voller Aufmerksamkeit der anderen Länder, den ersten Versuch, eine Gemeindereform grundsätzlicher Art durchzuführen. Ein Vorentwurf will das Selbstverwaltungsrecht der Gemeinden ausbauen, die Amtshauptmannschaften (in Preußen Landratsbezirke) kommunalisieren und die Behördenorganisation umstellen. Der Minister des Innern hat Anfang August den Entwurf zur Diskussion gestellt. Selbstverständlich stößt jeder neue Gedanke auf Widerstand, die Tradition wird gebrochen, und so entstehen dem Entwurf Gegner. Den Genossen ist er in Einzelheiten nicht sozialistisch genug, die anderen klagen, daß er Probleme lösen will, für die noch nicht die Zeit reif sei. Jede Reform hat ihre Geburtswehen, das Entscheidende aber ist, der Entwurf wird in allen Kreisen der Interessenten sachlich und ernstlich diskutiert. Am 7. und 8. Oktober wird sich der sächsische

Gemeindetag mit dem Vorentwurf beschäftigen. Der Gedanke marschiert, und es wird möglich sein, den Entwurf einer Gemeindereform gut durchberarbeitet noch im Herbst dem Landtage vorzulegen. Einige Monate fleißiger Landtagsarbeit können das Werk der Vollendung entgegenführen.

So stehen in Sachsen drei große Fragen im Brennpunkt des öffentlichen Lebens. Gemeindereform, Umstellung des Behörden- und bureaukratischen Apparates und Entmilitarisierung der Landespolizei. Probleme, die, wenn sie gelöst werden, den demokratischen Staat befestigen und die Brücke schaffen für die Eroberung der politischen Macht durch die Arbeiter. Es geht vorwärts, wenn auch mühselig, unter der sozialistischen Regierung.

Dr. Wirths politische Pläne

TU. Karlsruhe, 7. Oktober.

Der „Badische Staatsanzeiger" berichtet über eine Unterredung mit dem Reichskanzler Dr. Wirth. Es wird darin u. a. mitgeteilt, daß der Kanzler auf der für nächsten Dienstag anberaumten Konferenz zur Beratung über die demnächst fällige Reparationsschuld gegenüber der Forderung der Industrie, daß ihre Kreditoperation mit dem Ausland als eine Vorleistung auf die kommende Steuer angerechnet wird und gegenüber der sozialdemokratischen Forderung einer Beteiligung des Reiches an der Industrie mit einem Vorschlag hervortreten wird, der den Bedenken und Wünschen beider Seiten gerecht wird. Die Erledigung dieser weitreichenden Finanz- und wirtschaftspolitischen Frage sei für ihn Vorbedingung für die Erledigung der Frage der Koalitionserweiterung. Seiner Ueberzeugung nach wäre es verkehrt, mehrere Parteien in einem Kabinett zusammenzubringen, bevor man wisse, welches die Stellung der einzelnen Parteien zu der im Augenblick wichtigsten Frage sei. Das Abkommen zwischen Rathenau und Loucheur wurde vom Reichskanzler begrüßt. Davon, daß England die Wiesbadener Verhandlungen nicht gern sähe, könne keine Rede sein. Im übrigen wäre Deutschland jederzeit zu einem ähnlichen Abkommen mit England bereit, falls ein solches von dort gewünscht werde. Der Reichskanzler sei nach allen Seiten willens, eine Entspannung in den außenpolitischen Beziehungen herbeizuführen, versöhnlich zu wirken und Deutschland in der Welt jenes Vertrauen zurückzuerobern, das allein eine wirkliche Gesundung Deutschlands ermögliche.

Wie die Justiz arbeitet

Steckbrief, Haftentlassung, Steckbrief

Gegen den deutschvölkischen Führer, den früheren Privatdozenten Dr. Ruge aus Heidelberg, der als „Geheimrat Berger" in Schlesien rechtsputschistische Geheimorganisationen leitete, war seit längerer Zeit ein Steckbrief erlassen worden. Als vor einigen Wochen eine teilweise Aufdeckung der deutschnationalen Verschwörerbanden erfolgte, wurde Ruge verhaftet. Trotz des Steckbriefs und des außerordentlich belastenden Beweismaterials, das gegen ihn vorlag, wurde er wiederum aus der Haft entlassen und ist seit dieser Zeit verschwunden. Nun hat der Oberstaatsanwalt in Breslau einen neuen Steckbrief gegen ihn erlassen.

Dieses Hin und Her in der Behandlung eines deutschnationalen Verschwörers läßt den Eindruck berechtigt erscheinen, daß deutschnationale Verschwörer von der Justiz mit außergewöhnlicher Milde behandelt werden. Liegt in diesem Fall aber nicht bewußte Rechtsbeugung vor, so doch zum mindesten sträfliche Leichtfertigkeit oder bodenlose Unfähigkeit. Es steht außer Frage, daß, welcher dieser Vorwürfe auch zutrifft, jeder von ihnen sicherlich nur geeignet ist, das „Ansehen" der Justiz außerordentlich zu stärken.

Neues Zeitungsverbot. Die „Thüringer Tageszeitung" in Weimar ist vom 5. bis 9. Oktober verboten worden, weil sie in einem Artikel den Thüringer Minister des Innern und die Thüringer Landespolizei in einer den inneren Frieden gefährdenden Weise angegriffen habe.

Eine Straßenbahnfahrt 16 Kronen. Der Wiener Gemeinderat faßte den Beschluß, den Preis für eine Straßenbahnfahrt von 10 auf 16 Kronen zu erhöhen.

Die Agrarier schützen die Wucherer

Durch unzählige Plakate an den Anschlagsäulen Berlins suchen die Agrarier den Eindruck hervorzurufen, als wenn sie sich ebenso heftig wie die städtischen Verbraucher gegen den Wucher mit Lebensmitteln wenden würden. Das ist aber nicht der Fall.

Die Landesregierung von Braunschweig und die Landräte des Regierungsbezirks Stade haben Verfügungen erlassen, durch die sie die Ueberschreitung der Kartoffelpreise von 35 bzw. 40 Mark mit Einleitung eines Wucherstrafverfahrens in jedem Einzelfall bedrohen. Der Reichslandbund richtete daraufhin Telegramme an das Reichsministerium für Ernährung und Landwirtschaft und den Preußischen Staatskommissar für Volksernährung, in denen er gegen die genannten Verfügungen Einspruch erhebt.

Diese Proteste zeigen ganz deutlich, daß die Agrarier nur die Gegner des Wuchers beim Handel sind, nicht aber des Wuchers, den sie selber ausüben.

Die deutschnationale Mörderfreude

Herr Strack beglückt uns mit folgender Berichtigung:

„1. Es ist unrichtig, daß ich Hauptgeschäftsführer der Deutschnationalen Volkspartei bin.

Richtig ist vielmehr, daß ich Geschäftsführer beim Landesverband Berlin der Deutschnationalen Volkspartei bin.

2. Es ist unrichtig, daß ich gesagt habe:

„Wir freuen uns darüber, daß Deutschland von einem seiner Schädlinge befreit ist. Es ist durchaus christlich, wenn wir unsere Freude darüber ausdrücken. Denn was man als Böses erkannt hat, muß man beseitigen."

Richtig ist vielmehr und durch polizeiliche Vernehmung des Einberufers der Versammlung und eines Vorstandsmitgliedes der betreffenden Ortsgruppe einwandsfrei festgestellt, daß ich diese Aeußerung weder dem Wortlaut noch auch nur dem Sinne nach getan habe."

Herr Strack scheint ein kurzes Gedächtnis zu haben. Er hat nämlich schon einmal berichtigt, aber inzwischen vergessen, was er am 30. August in dem Wulleschen Abendblatt zu seiner Verteidigung gesagt hat. Damals hat er nämlich erklärt:

„Es ist mir natürlich nicht im Traume eingefallen, zu sagen, wir übernähmen die volle Verantwortung für die Beseitigung Erzbergers."

Alles andere aber hat er nicht abgestritten. Wenn jetzt nun Herr Strack auch seine übrigen Aeußerungen abzustreiten sucht, so wird man sein Geständnis vom 30. August wohl für das richtigere halten müssen.

Eine Gelegenheit zum Säubern

Wenn die Reichsministerien gewollt hätten, konnten sie schon manchen Reaktionär aus Verwaltungsämtern entfernen. Weil das fast nie geschehen ist, deshalb sind die beamteten Monarchisten immer dreister geworden. Auch die gewaltigen Kundgebungen am 31. August haben nur einen Augenblickseindruck hinterlassen, weil der Kampf der Regierung gegen rechts schon nicht mehr ernst genommen wird. Einen Beweis dafür liefert das Magdeburger Eisenbahnbetriebsamt. Es verwendet noch drei Jahre nach Errichtung der Republik dienstliche Schriftstücke mit dem Aufdruck „königlich". Auf einem Schreiben vom 2. September 1921 ist sogar das vorgedruckte Wort königlich handschriftlich erweitert worden in „königliches Eisenbahnbetriebsamt".

Der Bahnhofsvorsteher Sattler am Hauptbahnhof Magdeburg treibt auch amtliche Propaganda für die Presse der Rechtsparteien. Auf amtlichem Papier ließ er durch amtliche Vervielfältigungsmittel Schreiben anfertigen und verbreiten. Sie lauten:

„Die „Magdeburger Zeitung" hat für die Bediensteten des Hauptbahnhofes eine Bestelliste für ihr Blatt hier niedergelegt.

Die Herren Besteller zahlen den Vorzugspreis von monatlich 10 Mark, vierteljährlich 30 Mark, bei freier Zustellung ins Haus. Die Eintragung in die Bestelliste geschieht bei Haensch, Stat.-Bureau. Der Abonnementspreis muß bei der Eintragung in die Liste entrichtet werden.

Hauptbahnhof Magdeburg, 22. 9. 21. (gez.) Sattler."

Die „Magdeburger Zeitung" ist ein Hetzorgan gegen die Republik geworden. Nach der Revolution war es aus Angst „demokratisch". Seit Aufleben der Reaktion ist es offen zur Stinnespartei übergegangen. Das Vorgehen des Bahnhofsvorstehers ist Mißbrauch der Dienstgewalt im Interesse der Reaktion. Wie wäre, wenn der republikanische Eisenbahnminister die königlichen Eisenbahnbeamten Magdeburgs durch Entlassung endgültig davon befreite, für die verhaßte Republik tätig sein zu müssen? Eine Gelegenheit zum Säubern!

Internationale Hilfskonferenz für Rußland

Brüssel, 6. Oktober.

Die internationale Hilfskonferenz für Rußland erörterte heute die von Hoover und Nansen mit Sowjet-Rußland getroffenen Abmachungen. Sie scheint Privatinitiative zu bevorzugen, ohne Staatshilfe abzuwarten, mit Rücksicht auf die Kinder in Rußland. Sie befürwortet das Hoovers Système und hält eine Untersuchung für unerläßlich, ehe man die Regierungen zu weitgehendem Eingreifen veranlaßt.

•

Die internationale Hilfskonferenz für Rußland ist auf Beschluß des Obersten Rates zusammengetreten. Die Sowjetregierung hat dem Interalliierten Hilfskomitee, das den ehemaligen französischen Botschafter in Rußland Noulens zum Vorsitzenden hat, ihr unzweideutiges Mißtrauen ausgedrückt. Sie hat darauf hingewiesen, das Noulens während der Zeit seines Aufenthaltes in Rußland der Inspirator und Organisator der gegenrevolutionären Erhebungen und ausländischer Invasionen gewesen ist. Die Sowjetregierung hat auch dagegen protestiert, daß, ehe die Mächte des Obersten Rates zu einer Hilfsaktion schreiten, eine eingehende Untersuchung der Verhältnisse in Rußland vorgenommen werden soll. Sie hat auf das Beispiel Deutschlands und Amerikas verwiesen, die beide sofort mit tatkräftiger Hilfe eingegriffen haben, ohne erst tiefgründige Untersuchungen anzustellen.

Als Vertreter der deutschen Regierung wohnt der Internationalen Hilfskonferenz in Brüssel der Legationsrat Hauschild bei.

Die Spenden im Auslande — für die Hungernden

Laut „Prawda" vom 25. September beziffern sich die Spenden des Auslandes für die Hungernden bis jetzt folgendermaßen: Amerika 100 000 000 Dollar (1 954 700 Goldrubel), Italien 850 000 Lire (29 525 Goldrubel), Tschechoslowakei 20 000 000 Kronen (460 000 Goldrubel), Deutschland bis 1. September 13 000 000 Mark (286 000 Goldrubel), Frankreich bis 4. September 400 000 Franken (30 920 Goldrubel), England bis 1. September 40 000 Pfund (285 400 Goldrubel), Bulgarien bis 1. September 300 000 Lei (20 000 Goldrubel), Oesterreich bis 1. September 13 000 000 Kronen (27 300 Goldrubel), Schweiz 50 000 Franken (16 475 Goldrubel).

Insgesamt ungefähr 3 139 320 Goldrubel. Die Spenden an Materialien können noch nicht festgestellt werden.

Deutschnationale Kampfmethoden. Die „Deutsche Tageszeitung" hatte unter der Ueberschrift „Die Salonfahrten des Herrn Dr. Wirth" behauptet, daß der Reichskanzler Dr. Wirth seine Reise im Salonwagen unternehme. Demgegenüber wird festgestellt, daß Reichskanzler Dr. Wirth noch nie für seine Reisen einen Salonwagen in Anspruch genommen, sondern nur ein gewöhnliches Abteil erster Klasse benutzt hat; der Reichskanzler hat in seiner Eigenschaft als Reichstagsabgeordneter Anspruch auf Freifahrt erster Klasse. Die „Deutsche Tageszeitung" hat von dieser Feststellung noch keine Notiz genommen.

Kreistag gegen Landrat. Der Kreistag des Landkreises Hamm nahm mit den Stimmen der Linksparteien einschließlich der Stimme des demokratischen Abgeordneten einen Antrag an, der dem Landrat Schulze-Pelkum das Mißtrauen ausspricht und seinen Rücktritt verlangt. Die Linke behauptet, daß der Landrat in Verbindung mit den in den Kreisen Hamm und Soest aufgedeckten Bestrebungen zur Bewaffnung der Landbevölkerung gestanden habe. Der Sprecher der Demokraten stellte aus einer Redewendung des Landrats dessen Verfassungsfeindlichkeit fest. Ein Zentrumsantrag auf Einsetzung einer Untersuchungskommission zur Untersuchung der Amtshandlungen des Landrats wurde abgelehnt.

Der Streik in der sächsischen Papierindustrie beendet. In Dresden fanden Verhandlungen zwischen Unternehmern und Arbeitern der sächsischen Papierindustrie statt, die endlich zu einer Einigung geführt haben. Es wurde beschlossen, die Ausstände und Aussperrungen aufzuheben und die Arbeit sofort wiederaufzunehmen. Ein neuer, bis zum 31. Dezember ds. Js. laufender Tarif-Vertrag wurde vereinbart.

Die Volkshochschule Groß-Berlin

Zur Eröffnung der Herbst-Arbeitsperiode

In kaum zwei Jahren ihres Bestehens hat sich die Volkshochschule Groß-Berlin, neben den Bildungseinrichtungen der Partei bekanntlich das wichtigste Bildungsinstitut der Arbeiterschaft, nach innen wie nach außen mit erstaunlicher Schnelligkeit entwickelt. Mit sechs Lehrstätten eröffnete die Volkshochschule im Januar 1920 ihre Tätigkeit, heute unterhält sie nicht weniger als 45 Arbeitsstätten in allen Teilen von Groß-Berlin. Ueber 250 Kurse und Arbeitsgemeinschaften aus allen Gebieten der Wissenschaft, Technik, Kunst, Musik und Literatur werden hier abgehalten. Daneben finden Kunstveranstaltungen, Museumsführungen und Lehrausflüge statt. Endlich sind Vorbereitungskurse zur Förderung von Hörern, die die Kenntnisse der Volksschule nicht in genügendem Maße besitzen, vorgesehen.

Charakteristisch für die Volkshochschule Groß-Berlin sind zwei Umstände, die sie vor allen ähnlichen Instituten auszeichnen, an denen Berlin ja keinen Mangel leidet. Es ist dies einerseits der öffentliche Charakter, den das Institut dank seiner sehr glücklichen Anlehnung an die Kommune Groß-Berlin trägt, andererseits der wissenschaftliche Ernst, den der Aufbau des viel verzweigten Lehrplanes sowohl im ganzen, wie im einzelnen atmet. Hier erweist sich die dauernde enge Fühlung, die die Volkshochschule Groß-Berlin mit der Universität und den anderen Berliner Hochschulen unterhält, als außerordentlicher Wert.

Der juristischen Form nach ist die Volkshochschule Groß-Berlin ein Verein, dessen Mitglieder zum größten Teil Körperschaften sind.

Die Stadt Berlin, welche auch die Geldgeberin des großen Unternehmens ist, läßt sich in der Mitgliedschaft durch 40 Abgeordnete vertreten; 20 davon bestellt die Stadt unmittelbar, während außerdem jeder der 20 Verwaltungsbezirke seinerseits noch je einen Vertreter bestellt, so daß also neben dem zentralen Einfluß auch der der einzelnen Stadtteile gewährleistet ist. Dieser Grundsatz lokaler Vertretungen ist allgemein an der Volkshochschule durchgeführt.

Von den Arbeiter-, Angestellten- und Beamtenorganisationen sind durch je einen Vertreter diejenigen an der Volkshochschule beteiligt, welche mehr als 5000 Mitglieder zählen. Die Bildungsorganisationen der Groß-Berliner Arbeiterschaft entsenden zusammen 20 Vertreter; über die Verteilung dieser Sitze auf die einzelnen von ihnen, einigen sich die Organisationen untereinander.

Die Universität, die Technische Hochschule und die Handelshochschule machen je einen Vertreter aus ihrem Lehrkörper namhaft.

Aus den Reihen der Hörerschaft wird die Mitgliedschaft jährlich einer Anzahl von Personen verliehen, welche von den Hörern selbst durch Wahl namhaft gemacht werden. Und zwar wird auch hier in lokaler Dezentralisation vorgegangen: aus dem Bereich jedes Verwaltungsbezirkes werden je zwei Hörer namhaft gemacht. Die Lehrerschaft wählt aus ihrer Vollversammlung zehn Personen zu ihren Wortführern.

Alle diese Vertreter einzelner Interessengruppen nun bilden gemeinsam die Mitgliederversammlung. Diese beschließt u. a. über die Neuaufnahme von Mitgliedern. Sie prüft die jährlichen Geschäftsberichte und die Rechnungslegung und entlastet den Vorstand, welchen sie als „Arbeits-Ausschuß" aus ihren Reihen jährlich wählt. Hierbei bestellen die Vertreter der Stadt Berlin und ihrer Verwaltungsbezirke in der Mitgliederversammlung sieben Vertreter; aus den Reihen dieser sieben Persönlichkeiten wird dann vom Gesamtvorstand der Vorsitzende gewählt. Die Arbeiter-, Angestellten- und Beamtendelegierten in der Mitgliederversammlung bestellen vier Vorstandsmitglieder, die Hörervertreter deren drei, die Lehrerschaft zwei. Die Vertreter der drei Hochschulen in der Mitgliederversammlung gehören zugleich satzungsgemäß dem Vorstand an. Der so gebildete Vorstand ergänzt sich dann noch, indem er drei Vertreter der Wissenschaft und zwei Sachverständige für Volksbildungswesen in seinen Kreis beruft.

Der Mitgliederversammlung und dem Vorstande stehen als ausführende und beauftragte Organe zur Seite der Direktor und der Geschäftsführer.

Der Direktor wird vom Vorstande jährlich auf Grund eines Dreiervorschlags der Universität gewählt; er müßte aber auch vor Ablauf seines Amtsjahres zurücktreten, wenn der Vorstand ihm sein Vertrauen entziehen würde. Der Direktor gehört selbst mit Sitz und Stimme dem Vorstand und der Mitgliederversammlung an. Er ist für die wissenschaftliche Leitung verantwortlich, gewinnt die Lehrkräfte und entwirft die Lehrpläne. Dabei wird er unterstützt durch sechs Abteilungsvorsteher, deren jeder für eine Gruppe von organisch zusammengehörigen Wissensgebieten die fachmännische Bearbeitung durchführt.

Der Geschäftsführer hat die Eigenschaft eines Verwaltungsbeamten. An den Sitzungen der Körperschaften nimmt er als Berichterstatter und Berater, aber ohne Stimme teil. Er führt die laufenden Amtsgeschäfte, sofern sie nicht den wissenschaftlichen Ausbau betreffen, nach den ihm von der Direktion gegebenen allgemeinen Richtlinien, ist aber für seine Amtsführung, insbesondere für die Finanzgebarung, dem Vorstand und der Mitgliederversammlung unmittelbar verantwortlich.

Außerdem hat die Volkshochschule noch eine Anzahl anderer, als Glieder des großen Ganzen nicht minder wichtige Organe.

Die Hörerschaft jedes Kurses wählt zu Beginn der Lehrperiode einen Vertrauensmann, welcher zwischen ihr und dem Lehrer vermittelt. Alle Vertrauensleute kommen in jeder Lehrperiode einmal unter dem Vorsitz des Geschäftsführers zu einer Vollversammlung der Vertrauenspersonen zusammen.

Die Vertrauenspersonen der Kurse eines Verwaltungsbezirkes bilden die Hörer-Bezirksorganisation, eine mit wichtigen Befugnissen ausgestattete lokale Körperschaft. Sie wählt aus ihren Reihen einen Obmann und einen Obmann-Stellvertreter als ihre ausführenden, sie offiziell vertretenden Organe. Diese beiden sind es auch, welche die Hörerschaft in der Mitgliederversammlung vertreten. Sie verbleiben in ihrer Funktion für die Dauer des Geschäftsjahres, sofern sie nicht von ihren Wählern vorher abberufen oder durch andere Personen ersetzt werden.

Der Obmann oder sein Stellvertreter nimmt auch teil an der sogenannten Obmännerkonferenz. Diese tagt von Zeit zu Zeit unter dem Vorsitz des Direktors. Sie ist besonders wichtig, weil hier die Hörerschaft durch die Vertreter unmittelbar und unter Ausschluß anderer Organisationsfaktoren mit dem für die wissenschaftliche Leitung verantwortlichen Direktor zwanglos verhandeln kann.

Obmann und Obmann-Stellvertreter gehören aber auch noch einer dritten Körperschaft an, dem Volkshochschul-Bezirksausschuß. Diese gemischte Kommission, welche von jedem Verwaltungsbezirk ins Leben gerufen werden kann, besteht zu gleichen Teilen aus Vertretern der Verwaltungsbezirke und der Hörerschaft der örtlichen Arbeitsstätten (höchstens je sechs Vertreter) und aus ein bis zwei im Bezirk tätigen Lehrern. Die Bezirksausschüsse sind eine lokale Einrichtung, durch welche den Wünschen der ehemals selbständigen Gemeinden bei ihrem Anschluß an die Volkshochschule Groß-Berlin Rechnung getragen wird.

Endlich ist zu nennen die Vollversammlung der Lehrkräfte, und nicht zuletzt die große Lehrplankonferenz, der es obliegt, auf Grund der Vorschläge aller in Betracht kommenden Stellen den Lehrplan zu bearbeiten, bevor er dem Vorstand und der Mitgliederversammlung unterbreitet wird. Den Vorsitz in der Lehrplankonferenz führt der Direktor. Die Abteilungsvorsteher sowie Vertreter des Vorstandes und der Lehrerschaft gehören ihr an, der Hauptzahl der Beteiligten nach, setzt sie sich aber zusammen aus je zwei Abgeordneten der Bezirke, von denen einer ein Hörervertreter sein muß.

Die Aussperrung in Höchst

Eine erläuterte Vereinbarung

Der Verband der Fabrikarbeiter hatte den Schlichtungsausschuß der chemischen Industrie zu Frankfurt a. M. angerufen, um eine nähere Erläuterung der von den Arbeitern in der Urabstimmung abgelehnten Vereinbarung zwischen dem Arbeitgeberverband und den Vertretern der Gewerkschaften herbeizuführen. Es ist bekannt, daß nach dieser Vereinbarung die Wiedereinstellung der Ausgesperrten nach Maßgabe des Bedarfs und nach dem freien Ermessen der Werksleitung erfolgen soll. Vor dem Schlichtungsausschuß Frankfurt gab nun der Arbeitgeberverband der chemischen Industrie folgende Erklärung ab:

1. Die Frage der Sechsundfünfzigstundenwoche ist durch unsere ausdrückliche Erklärung bei den jetzigen Verhandlungen ausgeschaltet worden. Wir haben uns indessen vorbehalten, von unserem tariflichen Recht Gebrauch zu machen, diese Frage unseren tariflichen Schlichtungsinstanzen zu unterbreiten oder sie zum Gegenstand von Tarifverhandlungen zu machen.

2. Es ist von der Firma nicht beabsichtigt, die augenblickliche Sachlage zu **Betriebseinschränkungen oder Stillegungen** auszunutzen.

3. Die Firma **wird den Betrieb so schnell wieder aufnehmen,** wie dies technisch möglich ist.

Die Frage der Sechsunfünfzigstundenwoche entsteht durch den siebenten Arbeitstag in den Betrieben, in denen aus technischen Gründen ohne Unterbrechung auch am Sonntag gearbeitet werden muß. Es ist das Bestreben vorhanden, die Achtundvierzigstundenwoche durch einen weiteren Arbeitstag auf 56 Stunden zu verlängern, statt den siebenten Arbeitstag durch Einlegung besonderer Schichten zu erzielen. Bei Gelegenheit der Besprechung des Gesetzentwurfs über die Arbeitszeit haben wir uns ausführlich dazu geäußert. Die Unternehmer der chemischen Industrie erklären nun, daß sie die Einführung der Sechsundfünfzigstundenwoche bei den jetzigen Verhandlungen ausschalten wollen, aber nur, um die Frage vor den tariflichen Instanzen von neuem aufzuwerfen und die Beseitigung der Achtundvierzigstundenwoche durch Tarifvertrag zu erreichen. Das dürfte zu neuen Kämpfen in der chemischen Industrie führen. Dieses Bekenntnis der Unternehmer zeigt aber auch von neuem die Unmöglichkeit des erwähnten Gesetzentwurfs, der die Sechsundfünfzigstundenwoche zulassen will.

Der Schlichtungsausschuß scheint durch die Erklärung der Unternehmer befriedigt zu sein. In einer einstimmig gefaßten Entschließung empfiehlt er den Gewerkschaften, **möglichst bald eine erneute Abstimmung der Gesamtbelegschaft** der in die Aussperrung verwickelten Betriebe herbeizuführen. Diese Abstimmung dürfte in diesen Tagen stattfinden.

Die Eisenbahner und der Beamtenbund

Ueber die Verhandlungen des A. D. G. B. und des AfA-Bundes mit dem Deutschen Beamtenbund zwecks Herbeiführung einer Kartellverbindung der drei Spitzenorganisationen ist noch nichts Näheres bekanntgeworden. Ueber die Schwierigkeiten, die diesem Versuch entgegenstehen, haben wir mehrfach berichtet. Wir sind auch auf die Differenzen eingegangen, die innerhalb des A. D. G. B. hinsichtlich dieser Frage bestehen. Wir erinnern daran, daß sie aus der Haltung des Deutschen Eisenbahnerverbandes und einiger anderer Gewerkschaften zum Deutschen Beamtenbund entstehen, die sich nicht mit der Haltung des Vorstandes des A. D. G. B. zu der gleichen Angelegenheit deckt.

Diese Gegensätze sind von neuem zutage getreten auf einer **Versammlung der Beamtenräte im Bezirk Dresden,** die dem Deutschen Eisenbahnerverbande angehören. Ueber den Ausfall der ersten Beamtenrätewahlen haben wir berichtet. Ergänzend möchten wir nachtragen, daß im Bezirk der Eisenbahndirektion Dresden bei diesen Wahlen für den Deutschen Eisenbahnerverband (A. D. G. B.) 18 325, für die Reichsgewerkschaft der Eisenbahnbeamten (Deutscher Beamtenbund) 12 437 und für die christliche Gewerkschaft deutscher Eisenbahner 6282 Stimmen abgegeben worden sind.

Die zum D. E. V. gehörenden Beamtenräte vertreten also nahezu eine Mehrheit der Beamten des Bezirks. Ihre Stimme ist mithin von außerordentlichem Gewicht, was uns veranlaßt, die von der erwähnten Versammlung der Beamtenräte angenommene Entschließung wiederzugeben. — Die Versammlung beschäftigte sich mit der Stellung der freien Gewerkschaften zu den Organisationen des Deutschen Beamtenbundes und ging auch ein auf die Erklärung des Bundesvorstandes des A. D. G. B. zur Ablehnung eines Antrages auf dem Görlitzer Parteitag, der die Mitglieder der S. P. D. verpflichten sollte, sich nur den freien Gewerkschaften anzuschließen. Auch über diesen letzterwähnten Vorgang haben wir berichtet. Die Entschließung erklärt zu diesen Fragen:

„Die am 3. Oktober in Dresden stattgefundene Beamtenrätekonferenz für den Bezirk Sachsen des Deutschen Eisenbahner-Verbandes legt schärfsten Protest ein gegen die im „Vorwärts" vom 29. September von einem Vertreter des Vorstandes des A. D. G. B. abgegebene Erklärung zur Haltung des Görlitzer Parteitages der S. P. D. Die Erklärung, abgegeben im Namen des A. D. G. B., ist nicht nur irreführend, sondern versucht sogar über noch bestehende Gewerkschaftskongreßbeschlüsse hinweg, **vollendete Tatsachen zugunsten des Deutschen Beamtenbundes** zu schaffen. Noch niemals dürfte in der Deutschen Arbeiterbewegung der Fall vorgekommen sein, daß ein Führer einer Spitzenorganisation zum Eintritt in eine gegnerische Organisation auffordert. Nachdem der Ausschuß des A. D. G. B. im Jahre 1919 die politische Taktik des Deutschen Beamtenbundes als eine Schädigung der **gewerkschaftlichen Einheitsfront** bezeichnet und aus diesem Grunde das Kartellverhältnis abgelehnt hat, und nachdem ferner feststeht, daß diese politische Taktik unverändert fortbesteht, verlangt die Beamtenrätekonferenz das **unbedingte Festhalten an dem Beschlusse des Nürnberger Gewerkschaftskongresses,** der den Deutschen Eisenbahner-Verband als **Einheitsorganisation für Beamte und Arbeiter des Eisenbahnbetriebes anerkannt.**"

Aus dieser scharfen Tonart spricht deutlich die Befürchtung, daß die vom A. D. G. B. beabsichtigte Kartellverbindung mit dem Deutschen Beamtenbund eine Schädigung des Deutschen Eisenbahnerverbandes und damit der freien und fortschrittlichen Beamtenbewegung überhaupt zur Folge haben könnte. Die im D. E. V. organisierten Beamten permuten, daß sie durch das Zustandekommen eines solchen Vertrages gezwungen werden könnten, sich mit einem der Verbände des Deutschen Beamtenbundes zu vereinigen. Das lehnen sie ab. Und wir finden diese Befürchtungen der Mitglieder des D. E. V. durchaus verständlich. Deshalb erscheint es uns notwendig, immer wieder auf diese Schwierigkeiten zu verweisen und den Körperschaften des A. D. G. B. die äußerste Vorsicht beim Abschluß eines Vertrages mit dem Deutschen Beamtenbund und die größte Rücksichtnahme auf die alten Kampfgenossen vom Deutschen Eisenbahnerverband zu empfehlen.

Anpassung des Zolls an die Valuta

Der zu dem tarifmäßigen Zoll erhobene Goldzuschlag, der bei 900 Proz. betrug, soll vom 20. Oktober ab auf 1000 Proz. erhöht werden. Es handelt sich hierbei um die Anpassung der Tarifsätze an den Valutastand der Goldmark. Die Wirkung dieser Maßnahme ist eine weitere Preiserhöhung für die Erzeugnisse, die aus dem Auslande bezogen werden und für die die Zölle nicht in Fortfall gekommen sind. Aus diesem Grunde hat seinerzeit bei Beratung dieses Gesetzes die Unabhängige Fraktion dagegen Stellung genommen.

Die Gewerkschaften im Besatzungsgebiet

Die Gewerkschaften in den besetzten Gebieten hatten mehrfach Anlaß zur Klage über Eingriffe der Besatzungsbehörden in die Freiheit der Koalition. Ueber einen solchen Fall werden uns jetzt wieder aus Duisburg Mitteilungen gemacht. Der Vorsitzende des Verbandes der Maschinisten und Heizer in Hochemmerich erhielt vom Bürgermeister des Ortes folgende Zuschrift:

„Auf Anordnung der Besatzungsbehörde werden Sie hiermit aufgefordert, **binnen drei Tagen der hiesigen Polizeiverwaltung ein Verzeichnis der gesamten Vorstandsmitglieder einzureichen.** Das Verzeichnis muß enthalten: Name und Vorname, Stand, Straße und Hausnummer, Geburtsdatum und Ort, Name und Vorname des Vaters, Name und Vorname und Geburtsname der Mutter. Die Namensangabe der Eltern ist auch dann erforderlich, wenn letztere bereits verstorben sind."

Ein solches Vorgehen der Besatzungsbehörden bedeutet die Aufhebung der verfassungsmäßigen Freiheiten und gesetzlichen Rechte der gewerkschaftlich organisierten deutschen Arbeiterschaft. Diese Versuche müssen daher sehr energisch zurückgewiesen werden. Das Verhalten der Besatzungsbehörden stellt eine Ueberschreitung ihrer Befugnisse dar, und wir erwarten mit Bestimmtheit, daß dieser öffentliche Hinweis auf solche Zustände, die den Arbeitern und Angestellten das Leben in den besetzten Gebieten unerträglich machen müssen, den französischen Zentralbehörden Veranlassung gibt, um die Besatzungsbehörden in ihre Schranken zu verweisen.

Vom Achtstundentag

Eine wichtige gerichtliche Entscheidung

Die Unsitte, den Achtstundentag durch Abdingung zu beseitigen, das heißt durch Vereinbarung mit den Arbeitern eine längere Arbeitszeit einzuführen, wird besonders in den Kleinbetrieben nicht selten geübt. Jetzt liegt ein neues gerichtliches Urteil über die Abdingbarkeit des Achtstundentages vor, das von grundsätzlicher Wichtigkeit ist. Es ist enthalten in einer Entscheidung des Bayrischen Oberlandesgerichts.

Danach ist der Unternehmer selbst dann strafbar, wenn er die acht Stunden überschreitende Arbeit des Arbeiters oder Angestellten, zu der sich dieser freiwillig erbietet oder herbeiläßt, in seinen gewerblichen Betrieben auch nur duldet. Es ist belanglos, heißt es in der Entscheidung weiter, daß die Arbeiten einerseits zu einem regelmäßigen Fortgang des Betriebes unbedingt notwendig waren, andererseits nur außerhalb des regelmäßigen Betriebes ausgeführt werden konnten. Liegt die Notwendigkeit zu einer solchen Beschäftigung von Arbeitern und Angestellten vor, die eine mehr als achtstündige Arbeitszeit bedingt, und kann der Nachweis für diese Notwendigkeit erbracht werden, so muß die Genehmigung zu einer längeren Beschäftigung bei den zuständigen Behörden eingeholt werden.

Wir weisen auf diese Entscheidung hin, da sie insbesondere den Betriebsräten als Mittel dienen kann, um jeder Umgehung der Verordnung über den Achtstundentag entgegenzutreten.

Teuerungszuschüsse für Militärrentenempfänger

Das Reichsarbeitsministerium teilt mit: Alle Schwerbeschädigten und Hinterbliebenen, die Renten beziehen, erhalten auf Grund einer Verordnung vom 24. September d. J. aus Anlaß der gegenwärtigen Teuerung mit Wirkung vom 1. August bis auf weiteres laufende Teuerungszuschüsse. Diese Zuschüsse betragen für jeden Schwerbeschädigten monatlich 30 Mark und für jedes Kind 15 M.; steht er zur Zeit nicht im Erwerbsleben und ist seine Erwerbsfähigkeit um 70 oder 80 vom Hundert gemindert, so erhöht sich sein Zuschuß von 30 auf 50 Mark, ist er noch mehr erwerbsbeschränkt, auf monatlich 75 Mark. Jede Witwe erhält 25 M. oder, wenn sie invalide ist und nicht im Erwerbsleben steht, 40 M., jede Waise sowie jeder Elternteil monatlich 15 M. Die Zuschüsse für die Witwen, Waisen und Eltern werden von der Postkasse gleichzeitig mit den Renten ausgezahlt, die übrigen Zuschüsse von den Fürsorgestellen.

Erhöhung der Stickstoffdüngemittelpreise. Die Regierung hat eine Erhöhung der jetzt geltenden Preise für Stickstoffdüngemittel verfügt, und zwar um 20 Prozent für Kalistickstoff, Ammoniakdünger und Ammonsalpeterdünger, während der reine Natronsalpeter im Hinblick auf seine wesentlich höheren Gestehungskosten eine Preiserhöhung von 37 Prozent erfahren hat. Nach dieser Preiserhöhung ist der Stickstoffdünger bei dem heutigen Marktkurs in Deutschland halb so teuer wie im Ausland.

Scharlach- und Diphteritisepidemie in London. London leidet gegenwärtig unter einer heftigen Scharlach- und Diphteritisepidemie. In den letzten vier Tagen wurden in Londoner Spitälern 759 Scharlach- und Diphtheriekranke eingeliefert. Im ganzen sind gegenwärtig in 12 Londoner Hospitälern 8300, an den genannten Krankheiten erkrankte Personen untergebracht.

Die Weltmeisterschaft im Aufnehmen von Funksprüchen. Dieser Tage fand ein Schnelligkeits-Wettbewerb im Aufnehmen von Funksprüchen statt, aus dem der Radiotelegraphist der „New-York Times", B. G. Seutter, als Sieger hervorging. Seutter konnte einen neuen Weltrekord für funkentelegraphische Aufnahmetätigkeit aufstellen, da es ihm gelang, 42 Worte in der Minute fehlerlos aufzunehmen und zu übertragen.

Schupo und Wahlkampf

Wir haben wiederholt versucht, den Polizeipräsidenten Richter telephonisch über die nachstehend geschilderten Vorkommnisse zu interpellieren, es ist aber nicht möglich gewesen, den Herrn Polizeipräsidenten telephonisch zu erreichen. Red. d. „Tr.".

Vor Beginn des Stadtverordnetenwahlkampfes hat der Polizeipräsident Richter eine Besprechung der Vertreter aller politischen Parteien veranstaltet, in der er ankündigte, daß sich die Organe der Polizei jedes Eingreifens in den Wahlkampf enthalten würden. Eingreifen sollten Polizeiorgane nur dann, wenn von irgendwelcher Seite polizeilicher Schutz gewünscht werden sollte.

Wir müssen leider feststellen, daß die Organe der Polizei sich nicht an diese Zusicherungen halten. Bei der Verbreitung des Frauenflugblattes, das die Unabhängige Sozialdemokratie herausgegeben hat und die am Sonnabend, den 1. Oktober, erfolgte, sind mehrere Flugblattverbreiter in Charlottenburg von der Schutzpolizei belästigt worden. Die Schupobeamten erklärten, daß das Flugblattverbreiten am Wochenmarkt verboten sei und bedrohten unsere Parteimitglieder mit Verhaftung und mit der Beschlagnahme der Flugblätter.

Ein anderes ungehöriges Eingreifen der Schutzpolizei wird uns aus dem Norden Berlins gemeldet. In dem Schulgebäude Ecke Müller- und Triftstraße fanden am Dienstag abend gleichzeitig zwei Versammlungen statt, im 4. Stock eine der Deutschen Volkspartei und im Erdgeschoß eine Versammlung der U. S. P. Den Besuchern unserer Versammlung fiel auf, daß im Erdgeschoß Schutzpolizeibeamte standen, die unberufene Besucher der volksparteilichen Versammlung fernzuhalten hatten. Die Polizisten waren umgeben von einer Horde junger Leute, die mit Schlagringen und Gummiknüppeln ausgerüstet waren und die Polizeibeamten offenbar unterstützten. Während einer Pause in unserer Versammlung hielten sich vier Mitglieder unserer Partei auf der Straße vor dem Schulgebäude auf. Sofort riefen die Beamten: „Straße frei!" und benahmen sich, als ob Belagerungszustand in Berlin bestände. Auf das Ungehörige ihres Betragens in aller Höflichkeit aufmerksam gemacht, packte ein Polizeibeamter einen unserer Parteigenossen an der Kleidung und schüttelte ihn.

Wir glauben sehr wohl, daß derartige Vorkommnisse nicht im Sinne des Polizeipräsidenten und auch nicht im Sinne der gesamten Beamtenschaft sind. Um so weniger können wir uns aber

---

Ueberblickt man die gesamte Organisation der Volkshochschule Groß-Berlin, so gewinnt man den Eindruck eines zwar komplizierten, aber gleichwohl stabil und elastisch gebauten Apparates. Die hohen kulturellen Bestrebungen, denen er zu dienen bestimmt ist, verdienen die regste Anteilnahme der gesamten Kopf- und Handarbeiterschaft.

In einem weiteren Artikel werden wir die Organisation des Unterrichts an der Volkshochschule Groß-Berlin behandeln.

An alle Künstler und Intellektuelle erläßt das Komitee Künstlerhilfe für die Hungernden in Rußland einen Aufruf, in dem es unter anderem heißt: Schriftsteller, Maler, Wissenschaftler, Intellektuelle, die ihr euch bemüht, in euren Werken und Taten eine vollkommene Welt in Harmonie und Schönheit zu gestalten, die ihr am Unvollkommenen und Gebundenen nicht ohne Erschütterung vorübergeht. Künstler, Philosophen, Arbeiter des Geistes, hört unsern Ruf:

In Rußland verhungern zwanzig Millionen Menschen!

Ihr müßt und ihr werdet helfen! Unterstützt überall tatkräftig durch eure Kunst und eure Kenntnisse und Begabungen den Kampf der Arbeiterschaft gegen den Hunger im Osten. Redet in Versammlungen, in Theatern, ergreift die Initiative bei Feiern und Zusammenkünften, veranstaltet Ausstellungen und Kunstabende und liefert den Reinertrag bedingungslos für die Hungernden ab. Besprecht euch mit euren Verlegern, Direktoren, Kunsthändlern usw., veranlaßt sie, den Reinertrag von diesem oder jenem eurer Werke dem Fonds für die Hungernden zuzuführen, organisiert euch zum Zweck tatkräftiger und organisierter Hilfeleistung! Anfänge sind gemacht: Alfons Paquet stellt sein Drama: „Fahnen", Käte Kollwitz, George Grosz, viele Mitglieder der Novembergruppen stellen Zeichnungen und Bilder der Künstlerhilfe zur Verfügung.

Unterzeichnet haben u. a.: Käte Kollwitz, Alfons Paquet, George Grosz, Tilla Durieux, Heinr. Vogeler, Arthur Holitscher, Maximilian Harden, Gertrud Eysoldt, Martin Buber.

Sekretär ist Erwin Piscator, Wilmersdorf, Hohenzollerndamm 17.

Verurteilung eines Theaterkritikers. Die Tarifkämpfe des von Dr. Czempin und Herrn Otto geführten Berliner Bezirksverbandes der Bühnengenossenschaft haben seiner Zeit — wir haben uns ausführlich damit beschäftigt — zu heftigen Zeitungsfehden Berliner Theaterkritiker gegen diesen Gewerkschaftskampf geführt. (Natürlich nicht im Interesse des Kapitals, sondern nur zum „Schutze der Kunst".) Zu denen, die die Angriffe gegen die von Czempin geführte Gruppe besonders persönlich durchführten, gehörte der Kritiker des „Berliner Börsen-Courriers", Herbert Jhering. Nach seiner Auffassung handelte es sich nicht um Tarifkämpfe, sondern um persönliche Interessenkämpfe der Gewerkschaftsführer, die sich durch gewerkschaftliche Maßnahmen vor den Folgen ihrer Talentlosigkeit schützen wollten. Durch diese Unterschiebung von persönlich-künstlerischen Motiven in einem Gewerkschaftskampf, fühlten sich die Herren Czempin und Otto schwer geschädigt. Sie erhoben Klage auf Unterlassung und Schadenersatz. Wie wir der letzten Nummer des „Neuen Wegs" entnehmen, haben die Kläger ein siegreiches Urteil des Landgerichts I Berlin erkämpft. Bemerkenswert ist, daß das Urteil die Probleme des gewerkschaftlichen Bühnenkampfes besser erkennt, als der beklagte Theaterkritiker. Es stellt ganz richtig fest, daß der Tarifkampf mit dem schauspielerischen Leistungen der Beteiligten unmittelbar nichts zu tun hat. Vom Ausgang des Prozesses haben wir übrigens in den Berliner Zeitungen nichts gelesen.

Die Vereinssatzungen der Freunde von Religion und Völkerfrieden haben folgenden Wortlaut:

§ 1. Die Vereinigung der Freunde von Religion und Völkerfrieden vertritt die Gedanken von Pfarrer Bleier. Sie erstrebt eine Zusammenfassung derjenigen, die Religion umsetzen wollen in Leben (persönliches, staatliches und internationales), die keine doppelte Moral gelten lassen, sondern dem Gebot „Du sollst nicht töten" unbedingte Achtung zuerkennen. Die Vereinigung verwirft deshalb jeden Haß als unheilig, mag er sich richten gegen ein Volk oder eine Rasse. Sie verurteilt jeden Krieg, weil er die Quelle allen Uebels ist und die sittlichen Grundlagen jeder Lebensgemeinschaft zerstört. — Die Vereinigung unterstützt alle Bestrebungen, die Krieg dem Kriege erklären, die eine Volks- und Menschengemeinschaft wollen auf den Grundlagen der Gerechtigkeit, Brüderlichkeit und Menschlichkeit und tritt ein für die weltliche Schule und damit in den geistigen Kampf gegen Kapitalismus, Militarismus und Imperialismus.

§ 2. Die Vereinigung will durch Vorträge und Versammlungen an dem Ausbau einer neuen Kulturgemeinschaft mithelfen.

§ 3. Mitglied kann jeder werden, der mit Ziel und Zweck der Vereinigung übereinstimmt. Pflicht der Mitglieder ist eine unentwegte Unterstützung aller Bestrebungen der Vereinigung.

Tages-Notizen

Neues Volkstheater. Dienstag Neueinstudierung von Ibsens Wildente.

Zu Ehren von Humperdinck und Josef Mann sind Veranstaltungen der Staatsoper für den 15. und 23. Oktober angesetzt.

Kirche und Pazifismus. Pfarrer Bleier, dem von seiner kirchlichen Behörde der Urlaub zur Teilnahme an einer Volksversammlung in Essen während des Pazifistenkongresses verweigert wurde, hält Sonntag, 6 Uhr, in der Trinitatiskirche, Charlottenburg, am Karl-August-Platz, eine religiöse Feierstunde mit dem Thema: „Christentum und Pazifismus" ab.

Die Arbeiter-Kunst-Vereinigung veranstaltet Sonntag, 12 Uhr, eine Führung durch ihre Ausstellung in der weltlichen Schule, Neukölln, Rütlistraße.

Verpachtung der russischen Theater an Privatunternehmer. Auf einer kommunistischen Konferenz in Petersburg kündigte der Kommissar Kasmin die bevorstehende Verpachtung sämtlicher Theater an Verbände und Privatunternehmer an. Nur je zwei bis drei Theater in Moskau und Petersburg sollen weiterhin aus Staatsmitteln unterhalten werden. Kasmin begründete diese Maßnahme damit, daß das Theaterwesen während eines Jahres 54 Milliarden verschlungen habe. —

damit begnügen, daß man uns vielleicht die bekannte platonische Erklärung abgibt, „strenge Untersuchung" einleiten zu wollen. Es ist bisher noch in jedem Falle versäumt worden, der Presse das Ergebnis solcher Untersuchungen über Ungehörigkeiten der Polizei mitzuteilen. Wenn Herr Polizeipräsident Richter erwartet, daß seiner Versicherung, die Schutzpolizei werde sich des Eingreifens in den Wahlkampf enthalten, Glauben geschenkt werden soll, so muß er dafür sorgen, daß seine Polizeibeamten über die Bedeutung eines politischen Wahlkampfes aufgeklärt und darauf hingewiesen werden, daß sich Berlin nicht im Belagerungszustand befindet.

Rationalisierung des Eisenbahnbetriebs

Zur Förderung der Wirtschaftlichkeit des Eisenbahnbetriebes hat das Reichsverkehrsministerium jetzt zwei Maßnahmen angeordnet. Im Güterzugdienst werden Belastungsnachweise eingeführt. Sie bieten eine geeignete Unterlage für die wirtschaftliche Tätigkeit der Bahnhöfe und ermöglichen ein sofortiges Eingreifen zur Abstellung unwirtschaftlicher Zustände im Güterzug- und Rangierdienst. Um die Sonderung der Lokomotiven auf die Werkstätten sorgfältig und beschleunigt durchzuführen, werden 11 Ausgleichbezirke für die Lokomotivausbesserung gebildet. Für jeden Bezirk wird eine geschäftsführende Direktion bestimmt, die den Ausgleich herbeiführt. Diese Direktionen sind Altona, Berlin, Kassel, Frankfurt a. M., Karlsruhe, München und Stettin.

Beförderung von Kappisten

Das Nachrichtenblatt für die Angehörigen der Reichsdruckerei Nr. 316 vom 30. September enthält eine Beförderungsliste, die quantitativ geradezu unheimlich ist. Sinnverwirrend sind die Titelverleihungen, und man kennt sich vor lauter Ober- und Geheimen Regierungsräten, Inspektoren usw. gar nicht mehr aus. Interessant an diesen Beförderungen ist folgendes: Gegen verschiedene reaktionäre antirepublikanische Beamte schweben seit geraumer Zeit beim zuständigen Ministerium Verhandlungen über deren Entfernung vom Amte. Darunter befinden sich der Inspektor Hamann, Oberpostrat Wendt und Ober- und Geheimer Regierungsrat Patschke. In der bereits genannten Beförderungsliste prangen aber diese drei Beamten mit ihren Namen, die also die Treppe hinauffielen.

Ueber diese sonderbare Reinigung der Verwaltung und Beförderung von Beamten mit kappistischen Neigungen wird an anderer Stelle noch ein ernstes Wörtchen zu reden sein.

Arbeits- und Feierkleid

In der Sonderausstellung „Spielwaren, Kleider, Küchen" der gemeinnützigen „Hausrat"-Gesellschaft in der Königin-Augusta-Straße 21 sind gute Vorbilder für Fest- und Berufskleider ausgestellt. Einzelne Kleider, die ein, zwei Jahre und länger im Gebrauch sind, zeigen, daß diese schlichten Kleider auch nach längerer Zeit noch Ansehen behalten, und daß man, bei Vermeidung von Uebertreibungen, auch in einem alten Kleide gut aussehen kann. Schnittverkauf täglich 11—6 Uhr in der Beratungsstelle, Königin-Augusta-Straße 21; dort kann auch die Anmeldung zu den Kursen erfolgen. Ungefähr 5 Nachmittags- und Abendkurse finden im Winterhalbjahr statt.

Reklame für Deutschnationale im Walhallatheater. Wie uns mitgeteilt wird, wird während der Pausen im Walhallatheater eine Lichtreklame vorgeführt, die die Aufforderung enthält, am 16. Oktober deutschnational zu wählen. Das Walhallatheater wird fast ausschließlich aus Arbeiterkreisen besucht. Diese empfinden daher diese Aufforderung als eine Geschmacklosigkeit. Wenn die Direktion des Theaters Wert darauf legt, sich ihr Publikum zu erhalten, sollte sie schleunigst dafür Sorge tragen, daß diese Reklame verschwindet.

Der Ortsausschuß für Jugendpflege in Neukölln veranstaltet am Montag, den 10. Oktober, 7 Uhr abends, in der Treptower Sternwarte einen Lichtbildervortrag „Die Wunder des Schneeschuhs". Karten à 2 Mark sind im Rathause, 2 Treppen, Zimmer 278, zu haben. Ferner sind dort die Karten zum Volksliederabend, der am 20. Oktober, abends 7 Uhr, im Realgymnasium, Boddinstraße, stattfindet, zum Preise von 1 Mark erhältlich.

Museumsführungen. Wie im Vorjahre finden in den kommenden Wintermonaten Sonntags öffentliche, wissenschaftliche Führungen durch Direktorialbeamte in den Staatlichen Museen statt. Die ersten am 9. Oktober im Kaiser-Friedrich-Museum (Abteilung Deutsche Bildwerke) und im Museum für Völkerkunde (Amerikanische Abteilung). Beginn 9½ Uhr. Karten zu 1 Mark am Eingang der Museen.

Reinickendorf. Quäkerspeisung ab 17. Oktober. Aerztliche Untersuchung der Kleinkinder, werdenden und stillenden Mütter im Osten: Montag, den 10. Oktober, mittags 2 Uhr, Säuglingsfürsorge, Hoppestraße 24, im Westen: Dienstag, den 11. Oktober, mittags 2 Uhr, Säuglingsfürsorge (neben der Segenskirche).

Voraussichtliches Wetter für Berlin und Umgebung am Sonnabend. Trocken und überwiegend heiter, nachts sehr kühl, in den Mittagsstunden wieder sehr mild, bei mäßigen südöstlichen Winden.

Gewerkschaftliches

Mahnwort an die Eltern

Eine der traurigsten Kriegsfolgen ist, daß die heranwachsende Jugend in viel stärkerem Maße als früher unheilvollen Einflüssen ausgesetzt ist. In den verschiedensten Formen nahen diese den Schulentlassenen. Einmal sehen wir, daß die Jugend durch Schundfilme, Schundschriften und zweifelhafte Vergnügungen aller Art an seichten, wertlosen Zeitvertreib gewöhnt wird, der zur Gedankenlosigkeit verleitet und die Charakterbildung verhindert. Dazu kommt, daß die so vorbereiteten jungen Menschen oft gewissenlosen Hetzern ins Garn laufen, die unsere schwere Zeit benutzen, um gegen bestimmte Bevölkerungsschichten unter dem Mantel des „nationalen" Gedankens Stimmung zu machen. Besonders in den Kreisen der Angestellten sind solche Bestrebungen sehr lebhaft im Gange. Hier sind Kreise am Werk, die an der Zerrissenheit der Arbeitnehmer stark interessiert sind. Wird weiter in Betracht gezogen, daß die Leistungen der Schulen während und nach dem Kriege bedeutend zurückgegangen sind gegen früher, daß aber auch von einer geregelten Ausbildung während der Lehrzeit nicht gesprochen werden kann, so ergibt sich den Eltern ein trübes Bild von der Zukunft ihrer Kinder.

Die Arbeiterschaft hat ein großes Interesse daran, ihre Kinder zu berufstüchtigen Menschen heranwachsen zu sehen, die nicht stets nur an ihr kleines „Ich" denken, sondern **der ganzen Menschheit lebenswerte Verhältnisse schaffen wollen.** Die Kaufmannslehrlinge und jugendlichen Angestellten werden freigewerkschaftlich nur vom Zentralverband der Angestellten organisiert. Die wirtschaftlichen Interessen der Lehrlinge und jugendlichen Angestellten werden vom Zentralverband mit der gleichen Energie wie die der übrigen Berufskollegen wahrgenommen. Durch die Tarifverträge und die Betriebsräte wird zweckmäßige Ausbildung und angemessene Behandlung gesichert.

Jugendabteilungen im Zentralverband der Angestellten sind geschaffen, um der kaufmännischen Jugend eine Stätte reiner Freude und guter Bildungsmöglichkeit zu bieten. In den Zusammenkünften werden Vorträge aus den verschiedensten Wissensgebieten gehalten, um den Erkenntnisdrang der Jugend zu fördern. Anregungen für die Selbstausbildung werden dort und auch durch eine besondere Jugendzeitschrift in reichem Maße gegeben. Wichtige Fragen des Berufs und des Wirtschaftslebens gelangen zur Besprechung. Ueber die hauptsächlichsten gesetzlichen Bestimmungen wird Aufklärung erteilt. Alles aber geschieht im Geiste jener gewerkschaftlichen Solidarität, die verhindert, daß sich Dünkel und Ueberhebung gegen andere Berufe in den Köpfen festsetzen. **Das Zusammengehörigkeitsgefühl aller, die durch eigene Arbeit ihren Lebensunterhalt gewinnen, wird gepflegt.**

Um so mehr hat daher die Arbeiterschaft die Pflicht, ihre Söhne und Töchter, die im Kaufmannsberufe tätig sind, dem Zentralverband der Angestellten zuzuführen. Seine Geschäftsstelle befindet sich Belle-Alliance-Str. 7/10, 3. Stock, Jugendsekretariat.

Plenarversammlung der Gewerkschaftskommission

Am kommenden Montag, den 10. Oktober 1921, abends 6 Uhr, findet im Englischen Garten, Alexanderstr. 27 (weißer Saal) eine **Plenarversammlung der Gewerkschaftskommission Berlins und Umgegend** statt.

Tagesordnung:

1. Bericht des Ausschusses. 2. Steuerfrage. Referent Gen. Dr. Hilferding. 3. Volksfürsorge. Referent: Gen. Lohmeyer. 4. Dilettanten im Musikgewerbe. Referent: Gallas.

Der Ausschuß der Gewerkschaftskommission Berlins und Umgegend.
C. Vollmerhaus.

Bankangestellte

Heute abend öffentliche Versammlung der Bankangestellten in den Germaniasälen, Chausseestraße 110, abends 7½ Uhr, in welcher Marx und Emonts über „Teuerung und Wirtschaftsbeihilfe" sprechen werden.

Rußland- und Georgienhilfe

Bei der Gewerkschaftskommission Berlins und Umgegend gingen ferner folgende Beiträge ein:

Verband der Hotel-, Restaurant- und Café-Angestellten auf Listen 3304,70 M.; Verband der Asphalteure auf Listen 1420,— M.; Kollegen der Firma Büchsenwerber, Ritterstraße, 50,— M.; Frl. Kn. G. 45,— M.; Verband der Böttcher auf Listen 2810,50 M.; Arbeiter der Firma Küppers u. Geppert, Ritterstr. 55, 340,— M.; Verband der Maschinisten und Heizer auf Listen a Konto 8074,— M.; Deutscher Bauarbeiter-Verband a Konto 7000,— M.; Arbeiter der Firma Stock Marienfelde, Niederschönerweide, 1068,— M.; Mitfahrer der Konsum-Genossenschaft B. u. U. (U. S. P. D.) 735,— M.; Deutscher Bekleidungsarbeiter-Verband a Konto 5000,— Mark; Verband der Zimmerer a Konto 2900,— M.; Unterkommission Teltow auf Listen 2803,05 M.; Arbeiter-Sängerbund, Gau Berlin, 5000,— M.; Verband der Fleischer a Konto 2000,— M.; „Albatros"-Werke durch Verband der Schiffszimmerer 1128,— M.; Verband der Schiffszimmerer 755,10 M.; Verband der Maler u. Lackierer auf Listen 4079,— M.; Verband der Glasarbeiter II 600,— M.; Verband der Sattler und Tapezierer auf Listen 4213,05 M.; Konzertüberschuß des Männerchors Adlershof 300,— M.; Verband der Tabakarbeiter a Konto 3000,— M.; Deutscher Holzarbeiter-Verband a Konto 18 000,— M.; Deutscher Transportarbeiter-Verband a Konto 30 200,— M.; Verband der Gemeinde- und Staatsarbeiter auf Listen 21 246,80 M.; Jubiläumsgäste bei Rischan, Köpenick, 56,— M.; Deutscher Transportarbeiter-Verband a Konto 13 300,— M.; Deutscher Bekleidungsarbeiter-Verband a Konto 5000,— M.; Bezirksverband U. S. P. D. auf Listen 6662,30 M.; Robert Dittmeier 15,— M.; U. S. P. D. Herzfelde 67,65 M.; 18. Verwaltungsbezirk 736,— M.; Adolf Fischer 16,— M.; Verladung Trutinat 55,10 M.; Verband der Zimmerer auf Listen 600,— M.; Verband der Fabrikarbeiter a Konto 30 000,— M.; Verband der Sattler auf Listen 2667,— M.; Richinger 100,— M.; Verband der Berliner Buchdrucker a Konto 10 000,— M.; Verband der graphischen Hilfsarbeiter auf Listen 3066,40 M.; Verband der Tabakarbeiter a Konto 2400,— Mark; Verband der Lithographen und Steindrucker auf Listen 4532,40 M.; Zentralverband der Hotel-, Restaurant- und Café-Angestellten auf Listen 3490,55 M.; Verband der Glasarbeiter I 500,— M.; Deutscher Buchbinder-Verband a Konto 25 000,— M.; Verband der Glasarbeiter II a Konto 1455,60 M.; Verband der Sattler und Tapezierer auf Listen 2030,30 M.; Unterkommission Teltow auf Listen 684,49 M.; Deutscher Transportarbeiter-Verband a Konto 27 306,— M.; Zentralverband der Schuhmacher a Konto 7000,— M.; Deutscher Hutarbeiter-Verband a Konto 600,— M. In Summa 358 858,78 M. Bereits quittiert 823 056,85 M. Gesamtsumme 1 081 915,63 M.

Die Sammellisten Nr. 63, 140, 538, 1560, 2666, 3722, 4610, 4612, 4904, 5209, 5219, 5674, 5829, 8000, 9493, 9499, 9505, 9918, 9994, 13 030 und 14 093 sind verloren gegangen; wir bitten, diese anzuhalten und im Bureau der Gewerkschaftskommission, Engelufer 24-25 I, Zimmer 12-13, abzuliefern. Gelder durch die Post sind an die Adresse Hans Bieweger, Berlin SO. 16, Engelufer 24-25 zu richten.

Diese vielen Verluste von Sammellisten müssen bedenklich stimmen und alleräußerste Vorsicht wäre geboten und am Platze.

Arbeitersport

Arb.-Schw.-Verein Süd-Ost (M. d. A. W. V.). Badeabend für sämtliche Abt. jeden Freitag von 7—8½ Uhr Schillingbrücke, II. Schwimmhalle (reserviert).

Arbeiter-Radfahrer-Bund „Solidarität" Berlin. Touren zum Sonntag, den 9. Oktober. Auf nach Fürstenwalde zum Kartellgründungsfest; Start für die Abteilungen und Ortsgruppen Sonnabend, den 8. Oktober, abends 5½ Uhr, Schles. Tor. Für Nachtlogis ist in Fürstenwalde gesorgt. — Langstreckenfahrer beteiligen sich am 8. und 9. Oktober an der Propagandafahrt nach Fürstenwalde; Start Sonnabend nachm. 5½ Uhr Schles. Tor. — **1. Abteilung.** Sonntag Unterhaltungsabend mit Lichtbildervortrag, Büloswstr. 38. — **2. Abteilung.** Sonnabend, den 8. Oktober, 5 Uhr, und Sonntag, den 9. Oktober, früh 6 Uhr, nach Fürstenwalde. — **3. Abteilung.** Sonnabend nach Fürstenwalde; Start nachm. 5½ Uhr Schles. Tor. Sonntag Streifzüge durch die Gosener Berge, Endziel Eichwalde (Mitte); Start 6 Uhr nachm. Eichwalde (Mitte), Start 1 Uhr Lausitzer Platz (Kirche). — **4. Abteilung.** Sonnabend nach Fürstenwalde; Start abends 6 Uhr. Sonntag nach Mahlsdorf, Rathausbären; Start 12 Uhr Weberwiese, Ecke Frankfurter Allee. — **5. Abteilung.** Sonnabend nach Fürstenwalde; Start nachm. 5 Uhr. Sonntag nach Zehlendorf (Mitte); Start mittags 1 Uhr Comeniusplatz. — **6. Abteilung.** Hessenwinkel: Start 7 Uhr. Mittags nach Hirschgarten; Start 12 Uhr Kopenhagener Str. 38. — **7. Abteilung.** Sonnabend nach Hangelsberg bei Fürstenwalde; Start nachm. 4 Uhr. Sonntag nach Hangelsberg bei Fürstenwalde, früh 4 Uhr. Mittags 12 Uhr Erkner. Sämtliche Starts bei Wende, Kolonistr. 167. — **8. Abteilung.** Vikenzine „Zur Erholung", Lampiontour. Start 7 Uhr abends Waldstraße 8. Sonntag nach Gosenwinkel, Lokal am Kanal; Start 2 Uhr Waldstr. 8. — **10. Abteilung.** Mahlsdorf; Start 1 Uhr Rathausbären. — **11. Abteilung.** Sonnabend nach Fürstenwalde; Start 5½ Uhr Schles. Tor. — **12. Abteilung.** Sonntag nach Fürstenwalde; Start 7½ Uhr Ringbahn Frankfurter Allee. — **Ortsgruppe Neukölln.** Sonnabend nach Fürstenwalde; Start 5½ Uhr Schles. Tor. Sonntag nach Eichwalde; Start 8 Uhr Richardplatz. — **Ortsgruppe Pankow.** Sonntag nach Spechthausen (Eberswalde); Start 7 Uhr. 10 Uhr nach Summt; Start Florastraße 24. — **Ortsgruppe Spandau.** Dahlem; Start 12 Uhr Schützenhaus. — **Ortsgruppe Lichtenberg.** Auf zum Saalsportfest nach Kaulsdorf, Bergarten. Anfang 8 Uhr nachm. — **Ortsgruppe Reinickendorf.** Kaulsdorf (Unterfeld, Restaurant); Start 1 Uhr bei Mahler. — **Ortsgruppe Weißensee.** Sonnabend nach Fürstenwalde; Start 5½ Uhr Schles. Tor. — Sonntag nach Birkenwerder (Japan); Start 7½ Uhr Berliner Allee 251.

Arbeiter-Wanderbund „Naturfreunde". Wanderungen am 9. Oktober. Prähistorische Wanderung nach Werder, Phöbener Räuberberg, Töplitzer Werder. Abf. Sonntag früh 6.30 Uhr Potsdamer Fernbahnhof. — Potsdam, Lienewitzsee. Abf. Sonntag früh 6.04 Uhr Schlesischer Bahnhof bzw. 6.30 Uhr Potsdamer Fernbahnhof. — Durch den Krämer. Abf. Sonntag früh 6.06 Uhr Bahnhof Gesundbrunnen nach Velten. — Durch die Dubrow. Abf. Sonntag früh 5.45 Uhr Görlitzer Bahnhof nach Königs-Wusterhausen. — Briesetal, Krämer, Velten. Abf. Sonntag früh 6.11 Uhr Bahnhof Gesundbrunnen nach Briesetal (Puttlitzstraße umsteigen). — Hangelsberg, Kienbaum (Heulager), Maxsee. Abf. Sonnabend abend 5 Uhr Bahnhof Baumschulenweg. — Zum Sportfest in Fürstenwalde. Abf. Sonnabend abend 5.30 Uhr Bahnhof Bellevue, 6 Uhr Schlesischer Bahnhof, 6.11 Uhr Bahnhof Stralau-Rummelsburg, 6.15 Uhr Bahnhof Neukölln. — Kinderwanderungen: Treffahrt nach Potsdam, Teufelssee. Treffpunkte: Sonntag früh 7 Uhr Küstriner Platz, Arminiusplatz, Bahnhof Gesundbrunnen; 6.30 Uhr Bahnhof Bellevue; 6.15 Uhr Bahnhof Neukölln; 6 Uhr Bahnhof Baumschulenweg; 7 Uhr Bahnhof Schöneberg, 7.30 Uhr Bahnhof Charlottenburg.

Parteiveranstaltungen

Freitag, 7. Oktober

8. Distrikt, 2. Abteilung. Abends 7 Uhr Abteilungskonferenz bei Bever, Gerstraße 114. Sämtliche Bezirksführer müssen erscheinen.

16. Distrikt, 1. Abteilung. 7 Uhr Funktionärkonferenz bei Grunert, Pankstr. 50.

Sonnabend, 8. Oktober

18. Verwaltungsbezirk (Weißensee). Abends 7 Uhr Distriktskonferenz im „Grünen Baum".

Neukölln, Britz, Rudow, Buckow. Abends 7 Uhr Funktionärsitzung im Ideal-Kasino, Weichselstraße 8.

Arbeitsbezirk Bernau. Abends 6 Uhr in Bernau, Kaiserstraße, Gesellschaftshaus (am Bahnhof), wichtige Konferenz. Tagesordnung: „Rote Woche". Es ist unbedingt erforderlich, daß alle Orte Delegierte entsenden.

Sonntag, 9. Oktober

5. Verwaltungsbezirk, 15., 16., 17. Distrikt. Genossen, schickt eure Kinder zur Kinderwanderung nach Potsdam, Teufelssee. Treffpunkt 7 Uhr, Küstriner Platz, Normaluhr. Fahrgeld 2 M.

8. Distrikt (Wedding). Kindergruppe. Fahrt nach Finkenkrug. Treffpunkt 6 Uhr früh, Schulstraße, Ecke Prinz-Eugen-Straße. Fahrgeld 1,50 M.

Vereinskalender

Sonntag, 9. Oktober

Freireligiöse Gemeinde. Vormittag 11 Uhr im Rathaus, Königstraße, Vortrag des Herrn Dr. P. Kritsche: Gemeinschaftskunde. Entwicklung der Arbeitsgemeinschaften. Harmonium: Aus „Der Corregidor" (H. Wolf). Abends 6 Uhr, Pappelallee 15, „Geselliger Abend". Vortrag des Herrn Dr. M. Weis: Volkslied und Kunstlied.

Freie Turnerschaft Schöneberg-Berlin. Sonntag in Saatwinkel Vereins-Waldlauf für Männer, Turnerinnen und Jugendliche. Die Abteilungen treffen sich nachm. 2 Uhr in Blumes Hof. Die Waldläufe beginnen pünktlich 3½ Uhr. Nach Erledigung der Läufe finden Wettspiele der Abteilungen statt.

Montag, 10. Oktober

Zentralmieterverband, Ortsgruppe Neukölln-Britz. Abends 7 Uhr in Kliems Festsälen, Hasenheide, öffentliche Mieter- und Wählerversammlung. Tagesordnung: „Wie stehen die Kandidaten der Parteien zur Wohnungsfrage?"

Verantwortlich für Politik und Feuilleton: Leo Liebisch, Berlin-Friedenau; für Kommunalpolitik, Lokales und Gewerkschaftliches: B. Rubner, Berlin; für den Inseratenteil und geschäftliche Mitteilungen: Ludwig Romeriner, Charlottenburg. — Verlagsgenossenschaft „Freiheit", e. G. m. b. H., Berlin. — Druck der Berliner Druckerei G. m. b. H., Berlin C. 2, Breite Straße 8-9.

Anzüge, Schlüpfer
in feinster Verarbeitung aus prima Stoffen
Mk. 350.— bis 750.—
Große Auswahl in feinsten Maßstoffen
Eigenes Atelier Solideste Preise
Imex G. m. b. H. Schloßplatz 1a II

Die **Licht- u. Natur-heilmethode** sowie die elektro-physikalische Therapie haben gegen frische und veraltete Leiden glänzendste Erfolge erzielt. Das
modernste Institut
auf diesem Gebiete ist
Haus Oranien
Elektro-mediz. Anstalt, Oranienstraße 37
Unter Leitung von Ärzten, auch einer Ärztin
12 elektro-medizinische Behandlungen v. M. 80.— an
Prospekte und Auskunft kostenlos

Kehre zurück
zu guter Friedensgarderobe. Sie werden sich
alles vergeben
nur nicht, wenn Sie unterlassen, zur Neuanschaffung bei Wallach & Schubert, C 2, Breite Str. 5, Hof links, vorzusprechen. Dort kaufen auch Private:

	Fertig	Nach Maß
Anzüge	550—950	600—1400
Schlüpfer usw.	575—975	600—1200

aus nur soliden Stoffen in bester, moderner Ausführung
Telephon: Zentrum 8360.

Herren Moden auf Kredit
kauft man billig u. reell bei
Wilh. **Frese**
Berlin N 54
Weinbergsweg 1
nahe Rosenthaler Platz

Schokoladen
in großer Auswahl sowie Stangen, Bonbons, Keks,
allerbilligst für Händler und Wiederverkäufer
Schneider, Rodenbergstr. 27

Alt-Metalle
Kupfer, Messing, Blei, Zink usw. kaufen zu Tagespreisen speziell von Händlern, Installateuren und Fabriken.
Gebr. Fuhrmann
Laden Kollwitzstr. 30 Laden
8—7 Uhr.

Kleine Anzeigen

Annahme in allen Speditionen des Verlages — Geschäftsstelle Berlin C2 Breite Straße 8-9

Das Überschriftswort 2.— M., jedes weitere Wort im Text 1.50 M. netto. Stellengesuche: Überschriftswort 1.50, jed. weitere Wort i. Text 1.— M.

Verkäufe

Neuheit. Gummikrawatten, abwaschbar, unverwüstlich. Dauerwäscheborn, Reichenberger Straße 7.

Staunenerregend! Rotfüchse 60.—, Kreuzfüchse 75.— Mark an! Blaufüchse! Silberfüchse! Zobelfüchse! Skunkse! Iltisse! sowie alle anderen Pelzarten! Riesenauswahl! Keine Versatzwaren! Alles zu bedeutend herabgesetzten, spottbilligen Sommerpreisen! Spezial-Pelzverkauf im Leihhaus! Warschauer Str. 7.

Auf Teilzahlung Herren-Anzüge, Cutaways, Schal, Ulster, Schlüpfer, Maßarbeit, moderne Sachen, bequeme, diskrete Ratenzahlung. Leiser Gerlich, Kollwitzstr. 23 a, 2. Etage, nahe Kollwitzplatz.

Kreuzfüchse, Silberfüchse, Blaufüchse [illegible] billiger Verkauf [illegible] garderobe. Keine Lombardware. Leihhaus Friedrichstraße 2, Hallesches Tor.

Teppiche, wenig gebraucht, verkauft billig Stein, Anklamer Straße 20.

Klappsportwagen, Kinderwagen, Kinderdrahtbettstelle, hochelegant, verkauft Schwarzmann, Kottbuser Damm 93.

Bettwäsche billig. Lehrer, billiger Verkauf, keine Preiserhöhung, solange Vorrat. Deckbett 50.—, Kissen 15.—, Laken 28.—, Inletts 100.—, Wäschestoffe, Handtücher, Engrospreis. Fachmännische Bedienung. Fabrikverkauf. Reellstes Spezialgeschäft. Wäschefabrik Grellstraße neununddreißig (Schönhauser Allee). Geöffnet bis 7.

Räderweidlich. Leiterwagen, Kastenwagen und alle Sorten Kinderwagen, Puppenwagen. Weidlich, Brunnenstraße 36 (Humboldt 874).

Kreuzfüchse 85.—, sämtliche Pelzarten, Hälfte herabgesetzte Sommerpreise, entzückende Damenmäntel. Keine Lombardware. Leihhaus Rosenthaler Tor, Linienstraße 203/4, Ecke Rosenthaler Straße.

Anzüge 250.—, Gummimäntel 285.—, [illegible] bauend billig, entzückende Damenmäntel. Friedensstoffe. Keine Lombardware. Leihhaus Rosenthaler Tor, Linienstraße 203-204, Ecke Rosenthaler Straße.

Halbumsonst! Kreuzfüchse 60.— an, Rotfüchse 75.—, Zobelfüchse, Waschbärfüchse, sämtliche Pelzwaren zu Schleuderpreisen. Pelzvertrieb Kottbuser Damm 2, neben Zauberl.

Billige Bettwäsche 5.—8. 10. Eröffnungsverkauf zu staunend billigen Vorzugspreisen. Deckbettbezüge 60.—, Kissen 17.50, Laken 28.—, federdichte Inletts 102.—, Handtücher 5.50—13 cm, Linon 28.50. Ein großer Posten prima reinleinen Bettlaken 75.—, Tischtücher 42.—, Wäschestoffe, bunte Bezüge, Fabrikpreise. Riesige Auswahl, reelle Bedienung. Gelegenheit ausnützen! Berliner Bettwäschefabrik, Chausseestraße achtundachtzig, Haltestelle Liesenstr. Größte Spezialfabrik mit Detailverkauf. Geöffnet bis 7. Fahrtvergütung.

Sibirischer Kreuzfuchs, selten schön, 375, außerdem prachtvoller Silberfuchs u. Blaufuchs billig verkäuflich. Goldmann, Alexandrinenstraße 44, II, Ecke Kommandantenstraße.

[illegible] Schlüpfer, elegante Damenmäntel, Anderungen kostenlos. Alles spottbillig bei Marquart, Berlin, Marienburger Str. 32, Quergeb. 2 Treppen.

Jackettanzüge, Militärsachen, Entlassungsanzüge, Wäsche, kauft Ordenshaus, Weinmeisterstr. 3, eine Treppe.

Bilder, Kunstblätter, Wandschmuck mit und ohne Rahmen kauft man in der Buchhandlung „Freiheit", Breite Straße 8-9.

Anzüge, Schlüpfer, Gummimäntel 275, Joppen 75, Elegante Damenmäntel, Kreuzfüchse usw. spottbillig. Riesenlager. Keine Lombardware. Leihhaus Danziger Straße 47 (Hochbahn-Ecke).

Möbel

Teilzahlung. Einzelmöbel, ganze Einrichtungen, bequeme Zahlweise. Möbelhaus Neukölln, Bodstr. 34.

Chaiselongues 190.—, Chaiselonguedecke 75.—, Metallbetten 160.—, Kinderdrahtbett. Weiche, Augustastraße 72a, Quergb.

Kaufgesuche

Schellack, Leim, Malerartikel kauft jeden Posten. Farbenhändler, Ritterstraße 120a (Moritzplatz). Norden 5663.

Glühlampen, Drähte, Eisen kauft Stach, Brückenstraße 13, Tel. Mpl. 16 331.

Silberschmelze Christionat, Köpenicker Str. 20a (gegenüber Manteuffelstraße), kauft Zahngebisse, Platinabfälle, Schmucksachen, Quecksilber, Glühstrumpfasche, sämtliche Metalle.

Leim, Schellack, Malerartikel kauft Krüger, Elisabethstraße 17.

Glühlampen, Drähte, Eisen, sämtl. el. Material kauft höchstzahlend Installations-Geschäft, Elsasser Straße 32, Telephon Norden 6243.

Werkzeuge und Maschinen

Kugellager kauft Fahrradgeschäft Schönhauser Allee 163, Humboldt 481.

Spiralbohrer, Schmirgelleinen, Feilen, Strausberger Straße 14.

Spiralbohrer und [illegible] Schrauben [illegible] usw. billigst. [illegible] Berlin G. m. b. H., Lübecker Str. 16, Moabit 257.

Kugellagen, Altmetalle, höchste Tagespreise. Busch, Markusstr. 27c.

Geld-Verkehr

Betriebskapital, Geld, darlehen, Ratenrückzahlung. Richter, Invalidenstr. 148, II.

Unterricht

Kurzschrift, Schreibmaschine, Buchführung, Kontor üben, Sprachen, Damenschneidern, Putz, kaufmännische, gewerbliche Privatschule für Mädchen und Frauen. Johann Bergbrecht. Meldungen Neukölln, Schudomastr. 3-4, am Richardplatz.

Geschäfts-Verkäufe

Markthallenstand günstig abzugeben, Hoffmann, Wassmannstr. 15.

Verschiedenes

Händler gesucht für den Vertrieb aktueller Broschüren. Buchhandlung „Freiheit", Breite Straße 8/9.